BAG No. 3520

BAD SACHSA

4. TREATMENT OF
FATTY ACIDS

I. G. Frankfurt
Verkaufsgemeinschaft Chemikalien

Paraffin...

Tung

Witt

BAG

FRANKFURT (MAIN) am
Graben 11

25. März 1942

I. G. Ludwigshafen, Col. Abteilung

I. G. Ludwigshafen, Ammoniaklabor. Og. 12

Ihre Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unsere Nachricht vom: Unsere Zeichen: Bericht Nummer: Mappe: **Abt. A.** **C/R.** **25. März 1942**

Befrag: **Synthetische Nachlauf-Fettsäure**

Schlafhorst Chem. Werke G.m.b.H. Hamburg 28

Wir kommen heute zurück auf den Bericht der Coloristischen Abteilung vom 25. Februar, den wir inhaltlich an das Hamburger Verkaufskontor weitergegeben hatten. Wir erhalten darauf die in der Anlage in Abschrift beigefügte streng vertrauliche Antwort vom 26. März. Sie ersehen daraus, dass Herr Dipl. Ing. Zink zunächst auf den Besuch eines technischen Herrn in der Angelegenheit verzichtet. Was die weitere streng vertrauliche Mitteilung anbelangt, so scheint uns die Lage so zu sein, dass die Rhein-Preussen A.G. entweder ein Patent oder ein Geheilverfahren auf die Verarbeitung von synth. Nachlauf-Fettsäure besitzt und lediglich Lizenz-Erwerbern eine Anwendung ihres Verfahrens gestattet. Wenn unsere Vermutung zutrifft, so wird sich die Lizenzgebühr nicht umgehen lassen. Sollte Ihnen Näheres über die Angelegenheit bekannt sein, so bitten wir um Ihren Bescheid.

Wir machen noch darauf aufmerksam, dass die Schlafhorst-Werke mit Nachlauf-Fettsäure nicht unmittelbar, sondern laut Entscheidung der Rif bisher über die Händlerfirma Gebr. Noggerath, Hamburg bedient worden sind.

VERKAUFGEMEINSCHAFT CHEMIKALIEN
ABTEILUNG A

Handwritten signature

Anlage

Über Ammoniaklaboratorium Op.
an
Patentabteilung Lu.

D. Ammoniaklaboratorium Op.

BAG
8520 BAD SALZSA

Dr. Sche/M. 15. März 1940.

: OZ 8133 / Einspruch Ernst Flaumer und Dr. Kelber,
Heilbronn a.N.

Zu den beiden Schriftsätzen der Einsprechenden vom 13. Juli 1939 und 17. Februar 1940 haben wir folgendes zu bemerken:

Aus den spärlichen Angaben, die die Einsprechenden über ihre ältere Anmeldung F. 68187 macht, scheint hervorzugehen, dass die OZ 8133 sich in geringem Umfang hinsichtlich der Temperaturgrenzen mit der Anmeldung der Einsprechenden überschneidet. Nach Anspruch 3 sucht die Einsprechende Patentschutz auf ein Verfahren, das die Behandlung von getrockneten Seifen aus Oxydationsprodukten in Gegenwart von aktivem Wasserstoff bei Temperaturen bis etwa 160°C vorsieht. In der Anmeldung OZ 8133 wird dagegen die Behandlung des verseiften Oxydationsproduktes unter Wasserstoffdruck in Abwesenheit oder Anwesenheit von Katalysatoren bei Temperaturen oberhalb 150°C beansprucht. Um die Anmeldung OZ 8133 gegen die Anmeldung der Einsprechenden abzugrenzen, schlagen wir vor, die untere Temperaturgrenze von OZ 8133 auf 170°C zu erhöhen. Diese Einschränkung ist insofern ohne Bedeutung, als die optimalen Behandlungstemperaturen bei dem Verfahren der OZ 8133 zwischen 280 bis 400°C liegen.

Die Behauptung der Einsprechenden auf Seite 6 des Schriftsatzes vom 13.7.39, dass die Anwendung von Hydrirungstemperaturen von 160°C und höher bekannt sei, ist in dieser allgemeinen Fassung wohl richtig, jedoch nicht in Hinblick auf die von uns beanspruchte spezielle Ausführungsform, die den besonderen, in unserer Anmeldung beschriebenen, nicht vorherzusagenden Effekt ergibt. Dass die Einsprechende diesen besonderen von uns gefundenen Effekt nicht beobachtet hat, geht daraus hervor, dass sie sich in ihrer Anmeldung auf Temperaturen bis etwa 160°C beschränkt.

Zu den Ausführungen unter Punkt 5 auf Seite 6 des Schriftsatzes vom 13.7.1939 können wir uns nicht äussern, da uns die dort angezogenen Unterlagen nicht zur Verfügung stehen. Wir möchten nur darauf hinweisen, dass die von uns

BAG 15.2.40 - 2 -

3520 BAD SAACHS

erstrebte Wirkung nicht nur in einer Beseitigung der Geruchsstoffe sondern hauptsächlich in einer Verbesserung der Farbbeständigkeit der aus den Fettsäuren hergestellten Seifen besteht. Zu den unklaren und unlogischen Ausführungen des Schriftsatzes der Einsprechenden vom 17.2.40 möchten wir nur bemerken, dass sowohl aus der Beschreibung als auch aus dem Beispielausschnitt hauptsächlich aus dem Patentanspruch hervorgeht, dass bei dem Verfahren ausschliesslich die Anwendung von Wasserstoff unter Druck vorgesehen ist. Dass die Reaktion bei Anwendung ohne Druck anders verläuft als bei der Anwendung von Druck, geht aus dem von uns dem Reichspatentamt mit Schreiben vom 28.2.35 zur Verfügung gestellten Vergleichsversuchen hervor.

Die Behauptung der Einsprechenden auf Seite 2 des Schriftsatzes vom 17.2.40, dass im Gegensatz zu den Bestimmungen des Patentanspruchs aus der Beschreibung hervorgehe, dass das Arbeiten im alkalischen Medium keineswegs notwendig oder überhaupt wesentlich sei, ist insofern abwegig, als auch ein mit einer geringeren als theoretisch erforderlichen Menge Verseifungsmittel verseiftes Oxidationsprodukt nach der Behandlung alkalische Reaktion zeigt. Diese Erscheinung erklärt sich dadurch, dass bei einer Verseifung des Oxidationsproduktes mit einer Menge Verseifungsmittel, die unterhalb der Verseifungszahl entsprechenden Menge, jedoch oberhalb der Säurezahl entsprechenden Menge liegt, das erhaltene Verseifungsprodukt alkalisch reagiert, da die noch vorhandenen Ester neutral reagieren. In früheren Schriftsätzen an das Reichspatentamt haben wir bereits des Öfteren darauf hingewiesen, dass die von uns beanspruchte Reaktion in sauren Medium nur in unwesentlichen Ausmass stattfindet. Hierdurch erledigt sich auch der von der Einsprechenden gemachte Hinweis auf das amerikanische Patent 1 681 238, zu dem in dem an Sie gerichteten Schreiben des Herrn Dr. Keller vom 25.1.38 ausführlich Stellung genommen ist.

Zu der prioritätsälteren Anmeldung der Einsprechenden P. 68 121 und zu dem Schriftsatz der I.G. vom 25.5.34 können wir keine Stellung nehmen, da uns diese Unterlagen nicht zugänglich sind.

Büro Sparte I

gez. Carl Lehmann

Durchschlag

I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT LUDWIGSHAFEN A. RH.

Büro Sparte I

I.G. Farbenindustrie A.-G.,
Patentabteilung,

Ludwigshafen am Rhein.

BAG 11111
8520 BAD SACHS.

Sch/W

20.3.40

Dr. Sche/GB

5. April 1940

Patentanmeldung O.Z. 8133 - Einspruch Flammer & Kelber.

Auf Ihre Anfrage vom 20.3.40, ob der Standpunkt vertreten werden kann, daß sich das Verfahren der obigen Anmeldung dem Sachverständigen nicht von selbst geboten habe, möchten wir folgendes erwidern :

Versuche im Jahre 1930 und in der Folgezeit hatten zu der Beobachtung geführt, daß eine einfache Erhitzung des verseiften Oxydationsproduktes auf Temperaturen um 300°C eine ganz auffällige Verbesserung der Farbbeständigkeit und insbesondere des Geruches der erhaltenen Fettsäuren und der aus diesen hergestellten Seifen ergibt. Dieses Verfahren hat sich im Großbetrieb bei der Aufarbeitung des Paraffinoxidationsproduktes außerordentlich bewährt.

Das Verfahren der vorliegenden Anmeldung stellt eine Weiterentwicklung der oben erwähnten grundlegenden Behandlungsmethode dar insofern, als durch die Anwesenheit von Wasserstoff und Wasserstoff übertragenden Katalysatoren ein weitergehender Schutz der hochehitzen Seifen gegen Zersetzung erzielt wird, und auch die Farbbeständigkeit und der Geruch der erhaltenen Fettsäuren bzw. Seifen noch weiterhin verbessert werden. Es handelt sich hier um eine Erfindung, die das Ergebnis einer Reihe von Tastversuchen ist, und bei der die Erfindungshöhe nur an dem eintretenden Endeffekt gemessen werden kann, da es sich hier um die Behandlung eines komplizierten Gemisches von Verbindungen handelt, die weder ihrer Zusammensetzung noch ihrer Reaktionsweise nach genau bekannt sind. Von einer dem Fachmann im Bedarfsfall sich aufdrängenden Anwendung bekannter Methoden auf

DAU 1 a 1 g 1

3506 BAD 2 SACH
5.4.40

Patentabteilung Lu.

definierte Ausgangsmaterialien mit bekannter Reaktionsweise mit dem Ziele ihrer Umwandlung in definierte Endprodukte kann im vorliegenden Fall nicht die Rede sein. Es handelt sich hier hingegen um eine Erfindung, die in glücklicher Weise die verschiedenartigsten im Oxydationsprodukt enthaltenen Verbindungen einheitlich zu hochwertigen Endprodukten umzuwandeln gestattet.

Gerade Ihre Mitteilung, daß bereits mehrere Patentanmeldungen, die von uns bzw. anderen für die katalytische Behandlung der Oxydationsprodukte von Paraffinkohlenwasserstoffen mit Wasserstoff eingereicht wurden, vom Reichspatentamt zurückgewiesen worden sind, sollte uns veranlassen, mit allen Mitteln zu versuchen, dennoch Patentschutz auf diesem umstrittenen Gebiet zu erhalten. Dies gilt insbesondere aus der Erwägung heraus, daß katalytische Verfahren auch bei der Aufarbeitung der Paraffinoxidationsprodukte in Zukunft eine immermehr zunehmende Rolle spielen werden, und daß das Verfahren der vorliegenden Anmeldung einen ersten Ansatz in dieser Richtung darstellt und die ihm später zukommende Bedeutung jetzt noch nicht abgesehen werden kann.

BÜRO SPARTE I

gez. Schellmann

D.a. Ammonlabor.Op.

BAG No. 3520

BAD SACHSA

II. DISTRIBUTION LIST

FOR

ECONOMIC AND

POLITICAL INFORMATION

I.G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT
Wirtschaftspolitische Abteilung

Berlin NW 7
Unter den Linden 78
6. Januar 1945

STRENG VERTRAULICH !

Herrn Geheimrat Dr. Schmitz	Heidelberg
Herrn Direktor Dr. v. Schnitzler	Frankfurt/Main
Herrn Direktor Haefliger	Berlin NW 7
Herrn Direktor Dr. Jlgner	Berlin NW 7
Herrn Generalkonsul Wilh. R. Mann	Gut Waitzacker ü/Weilheim, Obb.
Herrn Direktor Dr. Oster	Berlin NW 7
Herrn Direktor Otto	Berlin SO 36
Herrn Kommerzienrat Waibel	Frankfurt/Main
Herrn Direktor van Beek	Berlin SO 36
Herrn Direktor Borgwardt	Frankfurt/Main
Herrn Direktor Dr. Grobel	Leverkusen
Herrn Direktor von Heider	Frankfurt/Main
Herrn Direktor Dr. Kugler	Frankfurt/Main
Herrn Direktor Uhl	Berlin SO 36
Herrn Direktor Dr. Anderhub	
Kalle & Co. Aktiengesellschaft	Wiesbaden-Biebrich
Herrn Direktor Hanser	
Stickstoff-Syndikat G.m.b.H.	Berlin-Schöneberg
Herrn Generaldirektor Prof. Dr. Paul Müller	
D.A.G.	Troisdorf/Bez. Köln

Berlin NW 7 nach internem Verteiler

Betr. Schweiz / Handelspolitische Lage

Wir beziehen uns auf unser Geheimrundsreiben vom 4.12.44, mit dem wir Ihnen über die handelspolitische Lage gegenüber der Schweiz zum Jahresende berichtet hatten.

Wie wir erfahren, ist zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung, um den Eintritt eines vertragslosen Zustandes am 1. Januar 1945 zu vermeiden, eine provisorische Verlängerung des deutsch-schweizerischen Verrechnungsabkommens bis zum 15. Januar durch Notenwechsel vereinbart worden. In den nächsten Tagen werden in Bern die Besprechungen für die Erneuerung des Verrechnungsabkommens aufgenommen. Man rechnet mit mehrwöchiger Dauer der Verhandlungen, bei denen ausser der Kohlenfrage, mit der die Schweizer die Frage der Stromlieferungen koppeln zu wollen scheinen, insbesondere die Frage des Transits im Verkehr mit Italien wieder eine besondere Rolle spielen dürfte. Ob das Provisorium über den Termin des 15. Januar hinaus, bis zu dem die sachlichen Verhandlungen ohne Zweifel nicht abgeschlossen sein dürften, verlängert werden wird, bleibt abzuwarten.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ABTEILUNG

W. Jürgens